

**Richtlinie zur Änderung der Gemeinsamen Richtlinie
der Landesmedienanstalten über die Sendezeit für unabhängige Dritte nach § 31 RStV
(Drittsendezeitrichtlinie – DSZR)
vom 16. Dezember 2004**

Die Bayerische Landeszentrale für neue Medien erlässt auf der Grundlage von § 33 Satz 1 in Verbindung mit § 31 des Rundfunkstaatsvertrags (Art. 1 des Staatsvertrags über den Rundfunk im vereinten Deutschland) vom 31. August 1991 (GVBl S. 451), zuletzt geändert durch den Siebten Rundfunkänderungsstaatsvertrag vom 23. Februar 2004 (GVBl S. 32), übereinstimmend mit den übrigen Landesmedienanstalten folgende Richtlinie:

**§ 1
Änderung der Drittsendezeitrichtlinie**

Nr. 3.5 der Drittsendezeitrichtlinie vom 16. Dezember 1997 erhält folgende Fassung:

„3.5 Anrechenbarkeit von Regionalfensterprogrammen:

3.5.1 ¹Regionalfensterprogramme (§ 2 Abs. 2 Nr. 4 RStV) sind nach § 25 Abs. 4 RStV in den beiden bundesweit verbreiteten reichweitenstärksten Fernsehvollprogrammen mindestens im zeitlich und regional differenzierten Umfang der Programmaktivitäten zum 01. 7. 2002 nach Maßgabe des jeweiligen Landesrechts aufzunehmen. ²Zu diesem Stichtag waren in den beiden bundesweit verbreiteten reichweitenstärksten Fernsehvollprogrammen folgende Regionalfensterprogramme mit einer Dauer von werktäglich 30 Minuten außer an Samstagen aufgenommen:

Bei RTL: Bayern, Hamburg und Schleswig-Holstein, Hessen, Niedersachsen und Bremen, Nordrhein-Westfalen, Rhein-Neckar.

Bei Sat.1: Bayern, Hamburg und Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und Hessen, Niedersachsen und Bremen, Nordrhein-Westfalen.

³Landesrechtliche Regelungen über zusätzliche Regionalfensterprogramme bleiben unberührt.

⁴Zur Erfüllung der Anrechenbarkeit für ein Regionalfensterprogramm nach § 31 Abs. 2 Satz 3 RStV ist von einer Bruttosendezeit von 30 Minuten werktäglich außer an Samstagen auszugehen. ⁵Von dieser Sendezeit sind höchstens 80 Minuten pro Woche auf die Drittsendezeit außerhalb der Sendezeit von 19.00 Uhr bis 23.30 Uhr anrechenbar. ⁶Bei geringerer wöchentlicher Sendezeit des Regionalfensterprogramms ist diese mit 8/15 (§ 31 Abs. 2 Satz 2 2.Halbsatz RStV) anrechenbar.

⁷Von der täglichen Bruttosendezeit von 30 Minuten werden sechs Minuten maximale Werbedauer (§ 45 Abs. 2 RStV) abgezogen. ⁸Regionale Ausnahmeregelungen gemäß § 46a RStV bleiben unberührt. ⁹Die danach verbleibende Netto-Sendezeit muss mindestens 20 Minuten redaktionell gestaltete Inhalte zu politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Themen aus der Region, für die das Regionalfensterprogramm bestimmt ist, enthalten. ¹⁰Davon müssen im Durchschnitt einer Woche mindestens 10 Minuten aktuelle und ereignisbezogene Inhalte sein.

¹¹Der Austausch von Beiträgen zwischen unterschiedlichen Regionalfensterprogrammen sowie die Übernahme von Beiträgen aus dem Programm des Hauptveranstalters entspricht diesen Anforderungen in der Regel nicht.

¹²Der für die Anrechnung erforderliche Regionalbezug kann nur anerkannt werden, wenn die Gestaltung, die Produktion und die studioteknische Abwicklung der Beiträge in der Region erfolgen, für die das Regionalfensterprogramm bestimmt ist, oder wenn sie zumindest unverändert sind gegenüber der Handhabung zum 1. Juli 2002.

¹³Über die Organisation der Regionalfensterprogramme in zeitlicher Hinsicht haben sich die Landesmedienanstalten mit Beschluss vom 25. Mai 1993 abgestimmt. Darin wurde auch das Entfallen des Regionalfensterprogramms in besonderen Fällen geregelt.

3.5.2 ¹Regionalfensterprogramme können ferner nur angerechnet werden, wenn sie in redaktioneller Unabhängigkeit veranstaltet werden. ²Dies schließt nicht aus, dass der Hauptprogrammveranstalter selbst Veranstalter des Regionalfensterprogramms ist oder an diesem beteiligt ist.

³Der Hauptprogrammveranstalter hat die finanzielle Ausstattung des Regionalfensterprogramms nach § 25 Abs.4 S.2 RStV sicherzustellen.

⁴Für die Anerkennung der redaktionellen Unabhängigkeit ist daher Voraussetzung, dass die Programmverantwortlichen des Regionalfensterprogramms im Rahmen einer vorgegebenen finanziellen Ausstattung ihre Entscheidungen ohne Mitwirkungs- oder Zustimmungsbefugnisse des Hauptprogrammveranstalters treffen können. ⁵Dies schließt das Recht ein, eigenverantwortlich das redaktionelle Personal einzustellen und die technischen und studioteknischen Dienstleister zu wählen.

⁶Die finanzielle Ausstattung muss den Programmverantwortlichen für das Regionalfensterprogramm in die Lage versetzen, die programmlichen Anforderungen an das Regionalfensterprogramm gemäß Punkt 3.5.1 Sätze 8, 9 in eigener Verantwortung zu erfüllen.

⁷Die Erfüllung der Voraussetzungen des Satzes 6 wird vermutet, wenn die finanzielle Ausstattung bis zum 31.12.2006 im Volumen mindestens dem Finanzbudget zum Zeitpunkt 1.7.2002 entspricht. ⁸Bei Unterschreiten dieses Volumens ist der zuständigen Landesmedienanstalt die ausreichende finanzielle Mindestausstattung des Programmverantwortlichen für das Regionalfensterprogramm nachzuweisen.

⁹Die Programmverantwortlichen für die Regionalfensterprogramme sind für die Dauer der Lizenz zu benennen, das zugrunde liegende Vertragsverhältnis darf seitens des Hauptprogrammveranstalters nur aus wichtigem Grund gekündigt werden.

¹⁰Für redaktionelle Unabhängigkeit spricht zusätzlich, wenn ein vom Hauptprogrammveranstalter unabhängiger Programmbeirat entsprechend § 32 RStV für das Regionalfensterprogramm besteht oder wenn die redaktionelle Unabhängigkeit durch ein Redaktionsstatut abgesichert ist. ¹¹Die rundfunkrechtliche Verantwortung des Veranstalters des Regionalfensterprogramms für dieses Programm entsprechend der jeweiligen Zulassung bleibt unberührt.

3.5.3 ¹Für die Feststellung der bundesweiten Reichweite sind alle Haushalte zugrunde zu legen, die öffentlich-rechtliche oder private Fernsehprogramme über terrestrische Sender, Breitbandkabelnetze oder Satellitendirektempfang erhalten (Grundreichweite):

²Bei der Berechnung der Mindestreichweite von 50 vom Hundert dieser Grundreichweite werden nur die Rundfunkhaushalte berücksichtigt, die innerhalb des Verbreitungsgebiets liegen für das das Regionalfensterprogramm, das die Voraussetzungen der Ziff. 3.5.2 erfüllt, zugelassen ist. ³Wird das Regionalfensterprogramm terrestrisch verbreitet, sind zunächst alle Rundfunkhaushalte zusammenzuzählen, die mit diesem Programm entsprechend der "Richtlinie für die Beurteilung der Fernsehversorgung" (FTZ-Richtlinie 176TR10) versorgt werden können. ⁴Hinzuzurechnen sind die Kabelhaushalte außerhalb der nach Satz 3 ermittelten terrestrischen Reichweite, wenn das Regionalprogramm in Kabelanlagen verbreitet wird. ⁵Wird das Regionalfensterprogramm über Satellit verbreitet, werden für die Berechnung der Mindestreichweite die Rundfunkhaushalte nach Satz 2 zugrunde gelegt. ⁶§ 31 Abs. 2 Satz 4 RStV bleibt unberührt.

3.5.4 ¹Die Überprüfung des Vorliegens der Voraussetzungen für die Anrechnung erfolgt durch die Landesmedienanstalten zum 1.10. eines jeden Jahres.“

§ 2

In-Kraft-Treten

Die Richtlinie tritt mit Zustimmung aller Landesmedienanstalten in Kraft.